

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Caren Lay, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/7695 –**

### **Anteil regenerativer Energien an der Wärmeversorgung von Bundesministerien und Liegenschaften des Bundes**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

In der „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, am 13. Januar 2022 stellte dieser fest, dass der Gebäudesektor sowohl 2020 als auch 2021 sein Klimaschutzziel verfehlt habe. Im Bilanzbericht führt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) aus, „um das Ziel für 2030 (maximal 67 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> –Äquivalente) einhalten zu können, ist eine deutliche Steigerung der Minderungsrate auf etwa 44 Prozent angezeigt“. Der Endenergiebedarf von Gebäuden sei in den letzten Jahren sogar noch gestiegen. Erreicht werden soll die Steigerung unter anderem durch eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) mit dem im Koalitionsvertrag gesetzten Ziel, dass zum 1. Januar 2025 „jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent Erneuerbarer Energien betrieben wird“. Zudem sollen öffentliche Gebäude „in Sanierungsgeschwindigkeit und -tiefe eine Vorbildfunktion einnehmen“. Das fordert die aktuelle Fassung des Gebäudeenergiegesetzes auch ein (§ 4 „Vorbildfunktion der öffentlichen Hand“).

Da nicht nur die Zeit drängt, sondern die Bundesregierung auch bereits festgestellt hat, dass „aufgrund langer Investitions- und Planungszyklen im Gebäudesektor [...] Sofortmaßnahmen erst nach ein paar Jahren ihre volle Wirkung entfalten“ können (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/3186), gehen die Fragesteller davon aus, dass für Ministerialgebäude und andere Bundesliegenschaften konkrete Sanierungspläne und Kostenschätzungen bereits bestehen, mindestens aber der für eine energetische Bilanzierung notwendige Heizwärmebedarf plus die Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser bekannt ist.

1. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Bundeskanzleramt erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?

Der Bedarf an Wärmeenergie für das Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1 in Berlin, wird derzeit über eine Heizungsanlage auf Basis des Primärenergieträgers Heizöl gedeckt.

- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Der Anschluss an das Fernwärmenetz ist für September 2024 geplant. Hinsichtlich der zukünftig genutzten Energieträger liegen derzeit daher keine Angaben vor. Auf den Betreiber des Berliner Fernwärmenetzes, die Vattenfall Wärme Berlin AG, wird verwiesen.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundeskanzleramts für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Das Bundeskanzleramt betreibt seit seiner Fertigstellung im Jahr 2001 auf den Dächern der Verwaltungsflügel eine Photovoltaikanlage. Damit sind alle hierfür geeigneten Dachflächen ausgenutzt. Die verbauten Solarmodule belegen insgesamt eine Grundfläche von 1.270,10 qm mit einer Leistung von 200,34 kWp.

Im Kalenderjahr 2022 wurden hierüber circa 197.000 kWh Strom produziert.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Derzeit ist die Energieträgerumstellung auf Fernwärme in Vorbereitung. Der Anschluss wird voraussichtlich ab September 2024 in den Wirkbetrieb gehen. Des Weiteren ist eine Modernisierung der gesamten Beleuchtung durch Umrüstung auf LED-Leuchtmittel in den kommenden Jahren geplant. Darüber hinaus befindet sich aktuell eine Dachsanierung des Leitungsgebäudes mit energetischem Sanierungsanteil in der Bauvorbereitung. Diese Maßnahme soll bis spätestens im Jahr 2026 abgeschlossen sein. Zusätzlich wird derzeit das Energieversorgungskonzept des Bundeskanzleramtes zur Verbesserung der energiebezogenen Leistungen überarbeitet.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Für das Bestandsgebäude wird auf die Antwort zu Frage 1a verwiesen. Der in Realisierung befindliche Erweiterungsbau wird nach neusten energetischen Standards errichtet und entspricht dem Niveau eines Energieeffizienzgebäudes Bund 40 (EGB 40). Die Heizenergie für den Betrieb des Erweiterungsbaus soll zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern (unter anderem Geothermie, Photovoltaik und Wärmepumpen) gewonnen werden.

2. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 2 und 2a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) wird gegenwärtig über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt. Tabellarisch aufgelistet wird nachfolgend, mit welchen Energieträgern zu wie viel Prozent der Bedarf an Heizwärmeenergie derzeit laut Netzbetreiber erzeugt wird:

Erdgas	75,02 Prozent
Steinkohle	16,49 Prozent
Müll (Dampf)	6,57 Prozent
Biogas	0,07 Prozent
Feste Biomasse	0,45 Prozent
Heizöl	0,70 Prozent
Strom	0,68 Prozent
Heizwasser	0,02 Prozent

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Der Umfang geeigneter Dach- und Fassadenflächen des BMWK wird derzeit im Rahmen einer durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beauftragten Machbarkeitsstudie für ein Gesamtenergieversorgungskonzept geprüft. Aktuell sind neun Photovoltaik-Einheiten mit einer Leistung von 17 kWp und eine Photovoltaik-Einheit mit einer Leistung von 98,8 kWp in Betrieb.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Folgende Empfehlungen liegen vor und sollen in die Planung der Baumaßnahme Brandschutzsanierung des Hauptsitzes des BMWK integriert werden:

- außenliegender Sonnenschutz an Süd-, West- und Ostfassade zur Verringerung der Kühllasten in Konferenz- und Büroräumen,
- Innendämmung sämtlicher Außenwände mit 50 mm Aerogelputzsystem (40 mm davon hochdämmend), Flankendämmung der einbindenden Decken und Innenwände,
- Einsatz neuer Fensterflügel mit 3-Scheibenisolierverglasung und verbessertem Scheibenrandverbundsystem in den bestehenden Fensterrahmen,
- Umstellung des Heizsystems von Heizkörpern auf Flächenheizung (Fußbodenheizung). Hierzu sind ebenfalls die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für das Gesamtenergieversorgungskonzept abzuwarten.

Weitere Empfehlungen werden im Zuge der beauftragten Machbarkeitsstudie für das Gesamtenergieversorgungskonzept erwartet. Aktuell zeichnet sich ab, dass es seitens des Energieunternehmens keine freien Kapazitäten für einen kli-

maneutralen Tarif im Bereich Fernwärme gibt. Die BImA arbeitet jedoch gemeinsam mit dem Energieunternehmen daran, noch vor 2030 eine Lösung zur klimaneutralen Versorgung der Berliner Abnahmestellen mit klimaneutraler Fernwärme sicherzustellen. Dessen ungeachtet besteht mit dem Fernwärmeanschluss jetzt schon eine umweltfreundliche Wärmeversorgung der Liegenschaft gemäß Anlage 9 GEG 2020, da der Emissionsfaktor bei 7,1 g CO<sub>2</sub> e/kWh liegt.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Für die Ausweitung der Nutzung Erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ist für jedes Gebäude eine konkrete gebäudezustands- und standortbezogene baufachliche planerische Betrachtung erforderlich. Dabei werden jeweils die Machbarkeit des Einsatzes von Solarthermie, ein möglicher Anschluss an Fernwärmenetze oder der Einsatz von Wärmepumpentechnik oder Hybridheizungsanlagen untersucht. Daneben wird der erforderliche energetische Sanierungsbedarf der vorhandenen Baukonstruktion mit dem Ziel, den energetischen Standard für Gebäude EGB 55 gemäß der Energieeffizienzfestlegungen Bundesgebäude (EEFB) zu erreichen, abgeglichen. Der EGB 55 ist dabei so definiert, dass der maximal zulässige Jahres-Primärenergiebedarf des Gebäudes 55 Prozent des Anforderungswertes für den Jahres-Primärenergiebedarf eines Neubaus gemäß Gebäudeenergiegesetz 2020 (GEG 2020) entspricht, diesen also um 45 Prozent unterschreitet.

Bevor die zuvor genannten liegenschaftsbezogenen Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, kann zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMWK keine konkrete Aussage erfolgen.

3. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums der Finanzen erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 3 und 3a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wird über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt. Mit welchen Energieträgern die Vattenfall Wärme Berlin AG die Heizwärmeenergie erzeugt, kann der Auflistung zur Antwort zu Frage 2a entnommen werden.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

In welchem Umfang Dach- und Fassadenflächen für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet sind, wird gegenwärtig untersucht. Wie groß eine Anlage im Einzelfall ausgeführt werden und wie hoch der genutzte Ertrag sein kann, kann nicht vorab pauschal beantwortet werden. Hierzu müssten im Einzelnen Dach und Elektroinstallation geprüft sowie Stromlastgang und Stromverbrauch der Liegenschaft betrachtet werden.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMF ist von der BImA als Eigentümerin noch im Jahr 2023 die Aufnahme der Planung von Bauunterhaltungsmaßnahmen zur Beförderung der Energetischen Sanierung gemäß der EEFB vorgesehen. Der Gebäudekomplex des Hauptsitzes des BMF steht unter Denkmalschutz. Die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des energetischen Standards EGB 55 ein. Vor abgeschlossener Machbarkeitsuntersuchung und Abschluss der Planung sind keine konkreten Aussagen zu realisierbaren Maßnahmen und Empfehlungen möglich.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Bevor liegenschaftsbezogene Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, kann zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMF keine konkrete Aussage erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

4. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums des Innern und für Heimat erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 4 und 4a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) wird gegenwärtig über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG und Geothermie gedeckt. Mit welchen Energieträgern die Vattenfall Wärme Berlin AG die Heizwärmeenergie erzeugt, kann der Auflistung zur Antwort zu Frage 2 a) entnommen werden.

Die Wärmeversorgung des Gebäudes setzt sich zusammen aus Komponenten folgender Wärmeerzeugungsanlagen (WEA):

- Geothermie für die Decken und Fußbodenheizung 1.120 kW circa 46 Prozent,
- Fernwärme
  - für Warmwasserbereitung 92 kW, circa 3 Prozent,
  - Statische Heizung 400 kW circa 17 Prozent und
  - Raumlufttechnik 800 kW circa 34 Prozent.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Solarthermie ist nicht vorhanden. Die Photovoltaikanlage für den in Fertigstellung befindlichen Erweiterungsbau hat eine Leistung von 39.590 kWp.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Der seit dem Jahr 2022 realisierte Erweiterungs-Neubau des Hauptsitzes des BMI soll im Jahr 2024 fertiggestellt werden. Das Gebäude erreicht den Standard EGB 55.

Als sonstige Maßnahmen sind zu nennen:

- Nutzung der Abwärme des Rechenzentrums – wurde umgesetzt;
- Umbau der Beleuchtung auf LED-Beleuchtung – befindet sich in sukzessiver Umsetzung;
- Ertüchtigung der Heizungsanlage (inklusive hydraulischem Abgleich) – ist in Planung, Umsetzung hydraulischer Abgleich circa Ende 2023;
- Zusätzlicher Aufbau Photovoltaik-Anlage – noch ausstehend;
- CO<sub>2</sub>-Einsparung durch Self-Learning Building Solutions (selbstlernende Gebäudelösungen) – noch offen.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Bevor liegenschaftsbezogene Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, kann zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMI keine konkrete Aussage erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

- e) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf der Bundespolizei-Liegenschaften in Bundesbesitz durch regenerative Energie bereitgestellt (bitte aufschlüsseln)?

Von der Bundespolizei (BPOL) genutzte Gebäude im ELM der BImA mit einer Bruttogrundfläche (BGF) von circa 900.000 qm werden circa 87 Prozent über WEA der Nah- und Fernwärme versorgt. Die durch den externen Energieversorger zur Erzeugung der Wärmeenergie verwendeten Energieträger sind nicht bekannt. Weitere circa 13 Prozent WEA in Gebäuden der BPOL im ELM der BImA werden ohne Unterstützung durch regenerative Energieträger konventionell betrieben.

- f) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen für die Liegenschaften der Bundespolizei vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Seit 2020 läuft das umfassende Bauprogramm für die BPOL, durch das der zunehmende umfangreiche Nutzerbedarf der BPOL gedeckt werden soll. Hierbei wird bereits während der Planung der Neubaumaßnahmen der Standard EGB 40 gemäß EEFB angestrebt. Eine konkrete Auflistung von Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz der Bestandsgebäude auf allen Liegenschaften der BPOL, mit jeweils Status Fertigstellung und Planung begonnener Maßnahmen, liegt nicht vor und konnte in der für die Beantwortung der Kleinen Anfrage gegebenen Bearbeitungszeit in der erfragten Detailtiefe nicht erstellt werden.

- g) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen der Liegenschaften der Bundespolizei für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

In welchem Umfang Dach- und Fassadenflächen für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet sind, wird noch untersucht. Wie groß eine Anlage im Einzelfall ausgeführt werden und wie hoch der genutzte Ertrag sein kann, kann nicht vorab pauschal beantwortet werden. Hierzu müssten im Einzelnen Dach und Elektroinstallation geprüft sowie Stromlastgang und Stromverbrauch der Liegenschaft betrachtet werden.

- h) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf anderer Liegenschaften im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat durch regenerative Energie bereitgestellt?

Bei den im Verantwortungsbereich des BMI genutzten Gebäuden im ELM und Eigentum der BImA werden auf circa 9.000 qm BGF circa 1,5 Prozent der Fläche durch Wärmeerzeugungsanlagen, zum Beispiel Biomassekessel und Wärmepumpentechnik, versorgt, welche regenerative Energieträger nutzen.

5. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Auswärtigen Amtes erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 5 und 5a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Auswärtigen Amtes (AA) wird gegenwärtig über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt. Mit welchen Energieträgern die Vattenfall Wärme Berlin AG die Heizwärmeenergie erzeugt, kann der Auflistung zur Antwort zu Frage 2a entnommen werden.

Warmwasser wird teilweise über ökostrombetriebene Durchlauferhitzer bereitgestellt.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Für Photovoltaikanlagen werden genutzt:

- Dach Neubau: aktuell genutzte Fläche: 486 qm, Potenzial für 1.407 qm;
- Dach Altbau: aktuell genutzte Fläche: 0 qm, Potenzial für 3.136 qm.

Der Planungsauftrag zur Erweiterung der Photovoltaikanlagen wurde durch die BImA erteilt. Die Bauunterlage wird zurzeit erstellt.

Solarthermie wird aktuell nicht genutzt.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des AA ist eine energetische Grundsanierung vorgesehen. Die Planung dafür wird im Jahr 2023 begonnen. Die Fertigstellung wird für das Jahr 2029 angestrebt. Vier Gebäude des Hauptsitzes des AA stehen unter Denkmalschutz. Die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des Standards EGB 55 ein. Vor abgeschlossener Untersuchung der Machbarkeit und Abschluss der Planung ist keine konkrete Aussage zu den realisierbaren Maßnahmen und Empfehlungen möglich.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Bevor liegenschaftsbezogene Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, kann zur Liegenschaft des Hauptsitzes des AA keine konkrete Aussage erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

- e) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf anderer Liegenschaften im Verantwortungsbereich des Auswärtigen Amtes, wie der deutschen Botschaften und Konsulate, durch regenerative Energie bereitgestellt?

Am Dienstsitz Bonn erfolgt die Wärmebereitstellung über die städtische Fernwärme. Regenerative Energien kommen dabei im Rahmen des örtlichen Fernwärmemixes nicht zum Einsatz.

Die Daten zum Anteil des Wärmebedarfs von Botschaften und Konsulaten im Ausland, der über regenerative Energie bereitgestellt wird, liegen dem AA nicht vor, da die weltweite Datenbasis hierzu erst im Aufbau begriffen ist.

6. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums der Justiz erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 6 und 6a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) wird gegenwärtig über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt, die einzelnen Energieträger zur Heizwärmeerzeugung können der Auflistung zur Antwort zu Frage 2a entnommen werden.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Die Photovoltaikanlage am Hauptsitz des BMJ hat eine Fläche von 345 qm und erzeugt pro Jahr circa 25.000 kWh Strom. Die solarthermische Anlage hat eine Fläche von 42 qm und erzeugt pro Jahr circa 12.000 kWh Warmwasser.



- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMJ sind drei energetische Sanierungsmaßnahmen vorgesehen (Grundsanierung, Dachsanierung, Fassadensanierung). Die Planung dafür soll voraussichtlich im Jahr 2025 begonnen werden. Ein Gebäude des Hauptsitzes des BMJ steht unter Denkmalschutz. Die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des energetischen Standards EGB 55 ein. Eine Umrüstung der konventionellen Leuchten auf LED-Leuchten ist in sukzessiver Planung und Umsetzung.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Bevor liegenschaftsbezogene Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, kann zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMJ keine konkrete Aussage erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

7. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 7 und 7a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) wird gegenwärtig über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt, die einzelnen Energieträger zur Heizwärmeerzeugung können der Auflistung zur Antwort zu Frage 2a entnommen werden.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Aktuell ist keine Photovoltaikanlage vorhanden. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist mit der Prüfung der Geeignetheit der vorhandenen Dachflächen für die Installation einer Photovoltaikanlage beauftragt.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMAS sind derzeit drei energetische Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Die Planung für die drei Gebäude soll voraussichtlich im Jahr 2025 begonnen werden, mit angestrebter Fertigstellung im Jahr 2027. Die drei Gebäude des Hauptsitzes des BMAS stehen unter Denkmalschutz. Die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel Standard EGB 55 ein.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMAS kann eine konkrete Aussage erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

- e) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf der Jobcenter-Liegenschaften in Bundesbesitz durch regenerative Energie bereitgestellt (bitte aufschlüsseln)?
- f) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen für die Jobcenter-Liegenschaften in Bundesbesitz vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?
- g) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen der Jobcenter-Liegenschaften in Bundesbesitz für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Die Fragen 7e bis 7g werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Jobcenter agieren eigenständig und sind vorwiegend in Anmietungen untergebracht. Ein Liegenschaftserwerb ist hier nicht vorgesehen. Daten zur technischen Gebäudeausstattungen der angemieteten Liegenschaften liegen der Bundesregierung nicht vor. Die Jobcenter sind hierüber nicht meldepflichtig.

Sofern Jobcenter Büroflächen in Gebäuden der Bundesagentur für Arbeit (BA) angemietet haben, kann hierfür folgende allgemeine Information gegeben werden:

In den Liegenschaften der BA steht bei vielen Anlagen aus altersbedingten Gründen der Heizungstausch an. Die jeweiligen technischen Lösungen für die Gebäude werden individuell geprüft. Bereits seit einigen Jahren werden in den Liegenschaften Energieeffizienzmaßnahmen, im Zuge eines Sechs-Punkteplans und durch gezielte Maßnahmen wie zum Beispiel LED-Umrüstungsmaßnahmen oder den Einsatz von sparsamen IT-Geräten, erfolgreich umgesetzt. Zudem werden auf der Grundlage eines Nachhaltigkeitskonzepts aktuell Programme erarbeitet, um künftig weitere Schritte zur Klimaneutralität gezielt vornehmen zu können. Im Handlungsfeld „Strom“ des Konzepts wird auch der Ausbau von Photovoltaikanlagen für geeignete Dachflächen vorangetrieben. Aktuell sind fünf Photovoltaikanlagen in Betrieb, weitere 64 Anlagen sind bis Anfang 2025 geplant. Der Strombedarf über die Eigenerzeugung hinaus wird bereits seit zwei Jahren mit 100 Prozent Öko-Strom gedeckt.

- h) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf anderer Liegenschaften im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durch regenerative Energie bereitgestellt?

Für Gebäude im Eigentum der BImA, die durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin im ELM genutzt werden, wird der Bedarf an Wärmeenergie über Nah- und Fernwärme und auch Gas-Brennwertanlagen erzeugt. Der durch den externen Energieversorger zur Erzeugung der Wärmeenergie verwendete Energieträger ist nicht bekannt.

Für die Gebäude außerhalb des ELM der BImA kann diese Frage aufgrund der Größe des Geschäftsbereiches und der nicht vorliegenden Daten nicht beantwortet werden.

8. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums der Verteidigung erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 8 und 8a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) wird über Fernwärme gedeckt. Nach Angaben des Betreibers Stadtwerke Bonn GmbH setzt sich die Mischung der zur Wärmeerzeugung im Verbundnetz genutzten Energieträger wie folgt zusammen.

Müllverbrennungsanlage	50,7 Prozent
Erdgas	49,3 Prozent

Am Berliner Dienstsitz des BMVg wird ausschließlich Fernwärme der Vattenfall Wärme Berlin AG genutzt, die einzelnen Energieträger zur Heizwärmeerzeugung können der Auflistung zur Antwort zu Frage 2a entnommen werden.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Zur Energiegewinnung der Dienstsitze des BMVg werden derzeit keine Photovoltaikanlagen oder Solarthermie genutzt. Der Hauptsitz Bonn verfügt über circa 93.000 m<sup>2</sup> Dachflächen. Gemäß dem Liegenschaftsbezogenen Energiekonzept der BImA aus dem Jahr 2019 bieten sich bestimmte Gebäudetypen des Hauptsitzes des BMVg für Photovoltaikanlagen grundsätzlich an, konkrete abschließende Untersuchungen bezogen auf jedes einzelne Gebäude sind jedoch noch erforderlich. Ein KITA-Neubau auf dem Gelände des Hauptsitzes ist mit einer Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 50 kWp ausgestattet.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMVg in Bonn befindet sich zurzeit ein Liegenschaftsbezogenes Ausbaukonzept (LbAK) in finaler Abstimmung. Konkrete Maßnahmen sind momentan noch nicht geplant, diese werden sich aus dem LbAK ergeben. Einige Gebäude der Liegenschaft stehen unter Denkmalschutz, die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des Standards EGB 55 ein.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des im ELM der BImA befindlichen Hauptsitzes des BMVg kann eine konkrete Aussage erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen erfolgen. Hier wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

Im Geschäftsbereich des BMVg (GB BMVg) sind für den Ausbau Erneuerbarer Energien im Wärmesektor sowohl gesetzliche Schritte als auch interne Planungen vorgesehen. Die Umsetzung der geplanten Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und des neuen Wärmeplanungsgesetzes (WPG), aktuell noch als Referentenentwurf in der Ressortabstimmung) wird einen signifikan-

ten Beitrag zur Wärmewende in den Bundeswehr-Liegenschaften leisten. In Abhängigkeit von verfügbaren Ressourcen ist künftig grundsätzlich nur der Einsatz von den regenerativen Energien bei Neuinstallation von Heizungsanlagen möglich. Der Ausbau der kommunalen Wärmenetze und ihre Dekarbonisierung nach dem geplanten WPG wird die Wärmewende auch in der Bundeswehr beschleunigen.

Zusätzlich zu den allgemeinen rechtlichen Vorgaben wird der GB BMVg Energiekonzepte für seine Liegenschaften erstellen. Dabei werden unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten der regenerativen Energien untersucht und die möglichen Potenziale zur Eigenerzeugung (Photovoltaik, Geothermie) ermittelt. Durch die Modernisierung und energetische Sanierung der Gebäude nach EEFB wird auch der Wärmebedarf in den Liegenschaften sinken. Damit können auch dezentrale Heizungsanlagen – wie Wärmepumpen, Solarthermie, Biogas etc. – eingesetzt werden.

- e) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf der Bundeswehr-Liegenschaften durch regenerative Energie bereitgestellt (bitte aufschlüsseln)?

Im GB BMVg lag im Jahr 2022 der Anteil Erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung bei 14 Prozent. Dieser verteilt sich auf circa 47 Prozent Fernwärme aus Erneuerbaren Energien, 24 Prozent Pellets, 20 Prozent Holzhackschnitzel und die restlichen 9 Prozent auf Biogas, Solarthermie, Wärmepumpen, Klärgas und Geothermie.

- f) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen für die Bundeswehr-Liegenschaften vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Der GB BMVg leistet seinen Beitrag zur Netto-Treibhausgasneutralität und damit auch der Energieeffizienz im Gebäudebereich im Rahmen der marktverfügbaren Möglichkeiten und Technologien. Die Liegenschaften im GB BMVg sind sehr heterogen und bedürfen liegenschaftsbezogener Lösungen, so dass eine Fokussierung auf einzelne Technologien nicht sachgerecht ist. Die vom Kabinett beschlossenen EEFB vom 25. August 2021 wurden mit einem die Besonderheiten der Streitkräfte berücksichtigenden Erlass am 17. März 2022 im GB BMVg eingeführt. Die in den EEFB definierten Standards EGB 55 und EGB 40 werden bei allen Sanierungen bzw. Neubauten berücksichtigt. Ziel ist die im Klimaschutzgesetz des Bundes vorgegebene Netto-Treibhausgasneutralität bis 2045 unter vorrangiger Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte.

- g) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen der Bundeswehr-Liegenschaften für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Auf der Grundlage einer Grobabschätzung sind circa 3,5 Mio. qm Dachflächen (größer 100 qm) in den Liegenschaften der Bundeswehr für die Aufnahme von Photovoltaikanlagen geeignet. Aktuell werden etwa 35.100 qm für Photovoltaikanlagen mit einem jährlichen Ertrag von circa 5,1 Mio. kWh genutzt. Ziel ist es, alle geeigneten Dachflächen sukzessive für Photovoltaik/Solarthermie zu nutzen.

- h) Zu welchem Anteil wird der Wärmeenergiebedarf anderer Liegenschaften im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung durch regenerative Energie bereitgestellt?

Bezogen auf die Einsatzliegenschaften des GB BMVg erlangen Energieeffizienz und Ressourcenschonung in den Einsätzen und Missionen der Bundeswehr zunehmend an Bedeutung und werden durch internationale Regelungen und Standards vorgegeben – nicht zuletzt auch unter Schutz-, Autarkie- und Gesichtspunkten der Resilienz. Das Ziel der Bundeswehr ist es daher, wo immer möglich, fossile Energieträger einzusparen und Erneuerbare Energien einzusetzen. In den Einsatzliegenschaften der Bundeswehr wird der Wärmeenergiebedarf überwiegend durch Strom gedeckt. In Abhängigkeit der jeweiligen Rahmenbedingungen wird die konventionelle Stromproduktion mittels kraftstoffbetriebener Stromerzeugungsaggregate durch die Nutzung von Sonnenenergie und Windkraft ergänzt. Bei Bundeswehreinsätzen im Rahmen der Friedensmission der Vereinten Nationen „MINUSMA“ werden zum Beispiel Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen an den Standorten in Mali und in Niger betrieben. Der Anteil Erneuerbarer Energien in den Einsatzliegenschaften der Bundeswehr beträgt aktuell circa 10 Prozent.

9. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 9 und 9a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird gegenwärtig über Fernwärme gedeckt. Die Stadtwerke Bonn GmbH stellt die Wärme zu 50,7 Prozent aus regenerativer Energie und zu 49,3 Prozent über Erdgas bereit.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Es wird eine 206 qm große Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 30 kWp betrieben. Die Anlage liefert im Jahr einen Ertrag von circa 26 MWh.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Derzeit ist ein Ersatzneubau für einen Teil der Mitarbeiter mit Ziel Standard EGB 40 in Planung. Weitere konkrete Empfehlungen oder Maßnahmen zur wesentlichen Verbesserung der Energieeffizienz sind derzeit nicht vorgesehen.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMEL kann eine konkrete Aussage erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen erfolgen. Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

10. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?

- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 10 und 10a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wird über Fernwärme des örtlichen Versorgers Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt, zur Auflistung der Energieträger wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Das BBR ist beauftragt, zu prüfen, ob sich die Dachflächen für Photovoltaikanlagen eignen.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMFSFJ sind derzeit zwei energetische Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Die Planung für die Gebäude soll voraussichtlich im Jahr 2025 und 2026 begonnen werden. Die Fertigstellung ist für die Jahre 2027 und 2029 avisiert. Die zwei Gebäude des Hauptsitzes des BMFSFJ stehen unter Denkmalschutz, weshalb eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des Standards EGB 55 voraussichtlich durch denkmalschutzrechtliche Auflagen eingeschränkt ist. Eine Umrüstung auf LED-Leuchten ist zurzeit in Planung.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMFSFJ kann erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen eine konkrete Aussage erfolgen. Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

11. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Gesundheit erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?

- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 11 und 11a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) wird über Fernwärme gedeckt. Die Stadtwerke Bonn GmbH stellt die Wärme zu 50,7 Prozent aus regenerativer Energie und zu 49,3 Prozent über Erdgas bereit.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Aktuell wird die Machbarkeit der Installation einer Photovoltaikanlage auf der Dachfläche geprüft. Wie groß eine Anlage im Einzelfall ausgeführt werden und wie hoch der genutzte Ertrag sein kann, kann nicht vorab pauschal beantwortet werden. Hierzu müssten im Einzelnen Dach und Elektroinstallation geprüft sowie Stromlastgang und Stromverbrauch der Liegenschaft betrachtet werden.

Eine Nutzung der Fassade kann ausgeschlossen werden, da das Gebäude über eine Glasfassade verfügt, die für eine Photovoltaiknutzung nicht geeignet ist

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Ohne eine abschließende planerische Grundlage kann die BImA derzeit in Bezug auf das Gebäude des BMG keine Angaben zur Verbesserung der Energieeffizienz machen.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Bevor liegenschaftsbezogene Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, kann zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMG keine konkrete Aussage erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

12. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 12 und 12a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) wird über Fernwärme der Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt, eine Solarthermieanlage unterstützt die Beheizung des Dienstgebäudes. Für die dezentrale Warmwasserbereitung wird Ökostrom verwendet. Hinsichtlich der Energieträger wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Die Dach- bzw. Fassadenflächen des Dienstgebäudes in Berlin sind aus statischen, architektonischen und denkmalschutzrechtlichen Gründen nicht vollumfänglich für Photovoltaik bzw. Solarthermie geeignet. Bei den Fassaden der Bauteile A und B mit einem spätklassizistischen Erscheinungsbild wird der Anbau von Photovoltaik aus Gründen des Denkmalschutzes nach aktuellem Kenntnisstand abgelehnt. Die vorgehängte Natursteinfassaden der Bauteile C und D können derzeit nicht für den Einsatz von Photovoltaik genutzt werden.

Die Dachflächen werden wie folgt genutzt.

#### Bauteil A

Belegbare Dachfläche Solarthermie:	250 qm
Nutzung:	100 Prozent
Jährlicher Ertrag:	129.000 kWh

#### Bauteile C und D

Belegbare Dachfläche Photovoltaikanlage:	1.820 qm
Nutzung:	circa 90 Prozent mit 57 kWp Leistung
Jährlicher Ertrag:	0*

\*Die über 18 Jahre alte Anlage war defekt und musste 2021 abgeschaltet werden. Sie wird Ende 2023/Anfang 2024 ausgetauscht, eine Reparatur ist unwirtschaftlich. Die Auslastung wird 100 Prozent mit 358 kWp betragen. Die Prognose des jährlichen Ertrags beträgt 492.750 kWh.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMDV sind derzeit vier energetische Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Die Planung für die vier Gebäude soll voraussichtlich im Jahr 2023 und 2027 begonnen werden. Die Maßnahmen umfassen unter anderem den Austausch und die maximale Erweiterung der defekten Photovoltaikanlage und eine Teilinstandsetzung eines Daches. Zwei Gebäude am Hauptsitz des BMDV stehen unter Denkmalschutz. Die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des Standards EGB 55 ein. Deshalb sind vor abgeschlossener Untersuchung der Machbarkeit und Abschluss der Planung noch keine konkreten Aussagen zu den realisierbaren Maßnahmen und Empfehlungen möglich.

Die Umrüstung der Beleuchtung auf LED erfolgt sukzessive seit 2015. Darüber hinaus wurde seitens der BImA ein Energie-Monitoring aufgebaut.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Es finden hierzu liegenschaftsbezogene Untersuchungen am Hauptsitz des BMDV statt, eine konkrete Aussage kann erst nach Abschluss der Untersuchungen erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

- e) Welches Potenzial für die Gewinnung und Nutzung regenerativer Energien sieht das Bundesministerium für Digitales und Verkehr in den Gebäude- und Verkehrsflächen von Flughäfen mit Bundesbeteiligung, von Bundesfernstraßen und des Bahnnetzes, welche Vorhaben wurden bereits umgesetzt, welche sind in Planung?

Das BMDV sieht ein bedeutendes Potenzial zur Gewinnung und Nutzung regenerativer Energien insbesondere durch Photovoltaikanlagen, wodurch sowohl die Betriebskosten gesenkt als auch die Nachhaltigkeit des Betriebes der Verkehrsinfrastruktur verbessert werden können.



Flughäfen mit Bundesbeteiligung – es folgt eine Auflistung von Flughäfen, den jeweiligen geplanten Vorhaben und den umgesetzten Vorhaben.

Flughafen	Vorhaben geplant	Vorhaben umgesetzt
Flughafen München GmbH	Einsatz und Ausbau von Photovoltaikanlagen (8 MWp in 2023/24, Ziel bis 2030 50 MWp)	aktueller Stand 5 MWp
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	Pilotprojekt zum Aufbau von Photovoltaikanlagen: Flächenanalyse ist erfolgt, zuerst stufenweiser Ausbau auf Pilotdächern	
Flughafen Köln/Bonn GmbH	– Neubau Biomassenheizkraftwerk bis 1. Quartal 2024, – Ausbau Photovoltaikinfrastruktur in 2023: neue Halle von UPS (1,5 MWp), FedEx-Halle (0,7 MWp), Eurowings-Gebäude (0,4 MWp), zusammen werden circa 2.300 MWh/a Solar-Strom produziert, – Emissionsfreie Erzeugung von Wärme und Kälte; sogenannte Eisspeichertechnik in Kombination mit Photovoltaik-Systemen und Wärmepumpen.	Die ersten beiden Anlagen wurden im Jahr 2009 in Betrieb genommen. Aktuell werden circa 2.800 MWh/a produziert.

Für die Bundesfernstraßen ermittelt ein Forschungsvorhaben die Potenziale für Photovoltaik an Bundesfernstraßen. Die Autobahn GmbH des Bundes plant Photovoltaikanlagen mit Energiespeicher für Tunnel und die kritische Infrastruktur und strebt an, erneuerbare Energien zur Deckung des Strom-, Wärme- und Kühlbedarfs zu nutzen. Beispiele dafür sind die Projekte „Energieautarker Tunnel A 100“ und „Geothermie am Rennsteigtunnel“. Vor kurzem wurde die erste Photovoltaikanlagenüberdachung über einer Autobahn errichtet.

Mit Blick auf die Bahnstrecken stehen die relevanten Flächen und Bahnanlagen im Eigentum der Deutschen Bahn AG (DB AG). Das BMDV wird die Solarenergiegewinnung auf Bahnanlagen im Rahmen der Ausgestaltung der Gemeinwohlorientierung der DB Netz AG forcieren. In diesem Zusammenhang setzt es sich dafür ein, dass Photovoltaikbetreiber Bahnbetriebsanlagen ohne Hürden zur Energiegewinnung nutzen können, soweit dies mit Sicherheitsbelangen vereinbar ist. Das BMDV plant, gemeinsam mit der DB Netz AG Mustergestaltungsverträge und Musterumsetzungsprozesse zu erarbeiten.

Darüber hinaus fördert das BMDV die Entwicklung, Erprobung und Zulassung von bahnspezifischen Photovoltaikinnovationen. Insbesondere zum Einsatz von Photovoltaikanlagen auf Lärmschutzwänden sowie im Gleis laufen derzeit zwei Forschungsvorhaben. Solaranlagen auf Lärmschutzwänden und im Gleis müssen spezifischen Anforderungen genügen und befinden sich im Entwicklungsprozess. Sie sollen im Offenen Digitalen Testfeld des Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsforschung erprobt werden.

Das Gesamtpotenzial erzeugbarer Erneuerbarer Energie wurde in einer Studie des BMDV-Expertenetzwerkes auf 380 bis 2.920 GWh/a geschätzt, wobei die Anwendungsklassen Gebäude (240 bis 620 GWh/a), Gleisbett (0 bis 1.500 GWh/a), Lärmschutzwände (50 bis 350 GWh/a) und Freifeld (90 bis 440 GWh/a) die größten Anteile bilden.

Nach Angaben der DB AG werden Photovoltaikanlagen auch im eigenen Bereich genutzt. Zur Versorgung stationärer Anlagen außerhalb der Bahnstromversorgung sind an über 30 Standorten Anlagen mit einer Gesamterzeugung von circa 20 GWh/a bzw. circa 23 MWp installiert. Diese Anlagen sind überwiegend an externe Photovoltaikprojektierer verpachtet. Die DB AG prüft, welche weiteren Flächen infrage kommen.

13. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 13 und 13a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) wird über Fernwärme gedeckt. Die Stadtwerke Bonn GmbH stellt Fernwärme zu 50,7 Prozent regenerativ und zu 49,3 Prozent über Erdgas bereit.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Auf der Dachfläche des Gebäudes befindet sich eine 1.392 qm große Photovoltaikanlage mit 870 Modulen, die jeweils 1,6 qm groß sind. Damit sind 43 Prozent der gesamten Dachfläche (3.200 qm) mit Photovoltaik belegt. Die Photovoltaikanlage hat eine Leistung von 230,55 kWp und erreicht damit einen durchschnittlichen Jahresertrag von 189.051 kWh/a. Ob und wie weit ein weiterer Ausbau – auch unter Berücksichtigung der vorhandenen Dachbegrünung – möglich ist, wird noch geprüft.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Im Sinne der Energieeffizienzfestlegungen des Bundes und der damit verbundenen Ziele bis zum Jahr 2045 hat die BImA ein bauphysikalisches Büro beauftragt, ein Konzept für konkrete, umfassende Modernisierungsmaßnahmen für die Verbesserung der Energieeffizienz zu erstellen. Ziel ist es, Maßnahmen zu identifizieren und mit deren Umsetzung den Effizienzstandard EGB 55 zu erreichen.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMUV kann erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen eine konkrete Aussage erfolgen. Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

14. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 14 und 14a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird gegenwärtig mit Erdgas gedeckt. Es laufen

Planungen, die Energieversorgung zur Heizperiode 2025/2026 an die Fernwärmeversorgung der Stadtwerke Bonn GmbH anzuschließen.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Die Realisierung einer Photovoltaikanlage ist in Vorbereitung. Es wird geprüft, in welchem Umfang Dach- und Fassadenflächen für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet sind. Der Denkmalschutz der Stadt Bonn hat seine Zustimmung bereits signalisiert. Wie groß die Anlage im Einzelfall ausgeführt werden kann und wie hoch der genutzte Ertrag sein wird, kann nicht vorab beantwortet werden. Hierzu müssen nun im Einzelnen das Dach und die Elektroinstallation geprüft werden sowie Stromlastgang und der Stromverbrauch der Liegenschaft betrachtet werden.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für das im ELM befindliche Gebäude des Hauptsitzes des BMBF kann die BImA ohne eine abschließende planerische Grundlage keine Angaben zur Verbesserung der Energieeffizienz machen.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMBF kann erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen eine konkrete Aussage erfolgen. Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

- 15. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?
  - a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 15 und 15a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird gegenwärtig über Fernwärme der Stadtwerke Bonn bereitgestellt. Die Fernwärme wird in zwei gleichen Teilen mit Gas sowie über eine Müllverbrennungsanlage mittels Kraft-Wärme-Kopplung gewonnen.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Aktuell besteht ein Auftrag an das BBR zur Dachsanierung von Haus 1 und der Hauptwache auf der Liegenschaft einschließlich der Planung einer Photovoltaikanlage und eines Gründachs. In diesem Zusammenhang sollen die Dä-

cher im Rahmen der durch den Denkmalschutz begrenzten Möglichkeiten so weit wie möglich mit Photovoltaikanlagen versehen werden.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Das im Jahr 2019 von der BI mA beauftragte Liegenschaftsbezogene Energiekonzept für die Liegenschaft BMZ Bonn wurde im Jahr 2021 fertiggestellt und mündet in folgende konkrete Maßnahmenvorschläge:

- Dämmung der Flachdächer von Haus 1 und der Hauptwache – wird mit Auftrag zur Dachsanierung umgesetzt;
- Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Haus 1 und der Hauptwache – wird mit Auftrag zur Dachsanierung umgesetzt;
- Installation einer Wärmepumpe sowie Durchführung eines hydraulischen Abgleiches des Heizungssystems – befindet sich in der Ausschreibungsvorbereitung;
- Mess- und Zählkonzept zur Erfassung und Analyse der Energieverbräuche
- Möglicherweise Wärmedämmung der Nebengebäude – Machbarkeitsprüfung beginnt voraussichtlich im Jahr 2024;
- Möglicherweise Wärmedämmung des Kanzlerbungalows – Machbarkeitsprüfung beginnt voraussichtlich im Jahr 2024;
- Optimierung der Rechenzentren – hier wird derzeit der Bedarf durch den Nutzer aufgestellt;
- Optimierung der Beleuchtung durch Einbau von LED-Leuchten und Bewegungsmeldern.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMZ kann erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen eine konkrete Aussage erfolgen. Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

16. Mit welchen Energieträgern wird aktuell der Bedarf an Wärmeenergie (Heizwärmebedarf plus Nutzwärmemenge für Trinkwarmwasser) im Hauptsitz des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen erzeugt, und wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien daran?

- a) Bei Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz, mit welchem Energieträger wird das Wärmenetz betrieben?

Die Fragen 16 und 16a werden zusammen beantwortet.

Der Bedarf an Wärmeenergie im Hauptsitz des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) wird über Fernwärme der Vattenfall Wärme Berlin AG gedeckt, zur Auflistung der Energieträger wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

- b) In welchem Umfang (m<sup>2</sup>) sind Dach- und Fassadenflächen des Bundesministeriums für die Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen oder Solarthermie geeignet, und welcher Anteil davon wird mit welchem jährlichen Ertrag genutzt?

Auf die Antwort zu Frage 4g wird verwiesen.

- c) Welche Empfehlungen für Modernisierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz liegen vor, und welche davon wurden umgesetzt oder sind in Planung (bitte mit Datum Empfehlung und ggf. daraus folgender Modernisierung auflisten)?

Für den Hauptsitz des BMWSB ist derzeit eine energetische Sanierungsmaßnahme vorgesehen. Die Planung für das Gebäude soll voraussichtlich im Jahr 2025 begonnen werden. Das Gebäude des Hauptsitzes des BMWSB steht unter Denkmalschutz. Die denkmalschutzrechtlichen Auflagen schränken voraussichtlich eine vollumfängliche energetische Sanierung mit dem Ziel des Standards EGB 55 ein. Vor abgeschlossener Untersuchung der Machbarkeit und Abschluss der Planung ist keine konkrete Aussage zu den realisierbaren Maßnahmen und Empfehlungen möglich.

- d) Mit welchen Schritten soll die Nutzung erneuerbarer Energien für Heizung und Trinkwarmwasserbereitung ausgeweitet werden?

Zur Liegenschaft des Hauptsitzes des BMWSB kann erst nach Abschluss der liegenschaftsbezogenen Untersuchungen eine konkrete Aussage erfolgen. Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

17. In wie vielen der aktuell 3 200 aufgrund vorzunehmender Sanierungen leerstehenden Wohnungen (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6075) in Verwaltung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wird die Wärmeversorgung zukünftig durch Wärmepumpensysteme gewährleistet?

Wie erfolgt die Wärmebereitung in den anderen Wohnungen, und wird dabei ein Pflichtanteil für die Nutzung regenerativer Energien vorgesehen (bitte nach Anteilen aufschlüsseln)?

Im Zuge der zur Verfügungsstellung von Wohnraum an Bundesbedienstete werden bei Auszug oder Bedarf die Wohnungen renoviert und gegebenenfalls auch unterjährig notwendige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Energetische Ertüchtigungen und Sanierungen betreffen nicht einzelne Wohneinheiten, sondern Liegenschaften als Gesamtkomplex. Soweit möglich erfolgt dabei auch der Einbau von neuen, effizienten Wärmeerzeugungsanlagen.

Der aktuelle Leerstand von Wohnungen bezieht sich in den überwiegenden Fällen jedoch auf Einzelwohnungen in Liegenschaften.

Die BImA verfügt für den Geschäftsbereich Wohnen zurzeit noch über keine Erhebungsmöglichkeiten hinsichtlich der Brennstoffart in den einzelnen Liegenschaften, so dass auch keine Aufschlüsselung nach regenerativen Energien erfolgen kann.

Im Zuge der softwarebasierten Gebäudebestanderfassung ist eine Gesamtauswertung der Liegenschaften auch in Bezug auf den energetischen Zustand der Gebäude vorgesehen. In der daraus resultierenden Investitionsstrategie werden der Standard EGB 55 berücksichtigt und regenerative Energienutzungen wie Photovoltaik und Wärmepumpen oder eine Ausweitung des Fernwärmenetzes nach der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung geprüft.

18. In wie vielen der nach Plänen der BImA bis Ende 2024 entstehenden bundesweit 3 000 neuen Wohnungen (ebd.) wird die Wärmeversorgung zukünftig durch Wärmepumpensysteme gewährleistet?

Wie erfolgt die Wärmebereitung in den anderen Wohnungen, und wird dabei ein Pflichtanteil für die Nutzung regenerativer Energien vorgesehen (bitte nach Anteilen aufschlüsseln)?

Ob neben Wärmepumpen auch weitere Heizsysteme zum Einsatz kommen können oder zum Einsatz kommen müssen, wird projektspezifisch vor den jeweiligen Maßnahmen ermittelt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 17 verwiesen.

19. Wie viele Dienstliegenschaften der Bundesverwaltung und andere Gebäude, mit Ausnahme der o. g. Liegenschaften von Bundesministerium des Innern und für Heimat, des Bundesministeriums der Verteidigung, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, mit welcher Nutzfläche befinden sich im Eigentum bzw. Verwaltung durch die BImA und das Bundeseisenbahnvermögen (BEV)?

Neben den bereits oben genannten Liegenschaften von BMI, BMVg, AA, BAMS und BMDV befinden sich 2.937 beheizte Gebäude im Eigentum beziehungsweise der Verwaltung der BImA mit einer BGF von rund 7.000.000 qm.

Das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) ist Eigentümer von neun Dienstliegenschaften. Die Anzahl der Gebäude auf den Liegenschaften erfasst das BEV nicht.

- a) Wie hoch ist der durchschnittliche Anteil regenerativer Energien bei der Wärmeerzeugung in diesen Liegenschaften (bei Fern- oder Nahwärme bitte nach Anteil fossiler Brennstoffe aufschlüsseln)?

Bei den in der Antwort zu Frage 19 genannten Gebäuden im ELM und Eigentum der BImA werden circa 4,4 Prozent der Fläche (auf einer BGF von circa 300.000 qm) durch Wärmeerzeugungsanlagen (zum Beispiel Biomassekesseln und Wärmepumpentechnik) versorgt, die regenerativen Energieträger nutzen. Über Nah- und Fernwärme werden aktuell 68 Prozent der Flächen versorgt. Der durch den externen Energieversorger zur Erzeugung der Wärmeenergie verwendete Energieträger ist nicht bekannt.

Das BEV ist für seine Objekte nicht alleiniger Vertragspartner der Energieversorgungsunternehmen, da auch Mieter selbst Verträge mit den Versorgern abgeschlossen haben. Fünf Dienstliegenschaften des BEV beziehen Fernwärme. Der durchschnittliche Anteil regenerativer Energien liegt hier bei circa 30 Prozent. Eine Dienstliegenschaft bezieht zu 100 Prozent Naturgas.

- b) In wie vielen dieser Liegenschaften werden keinerlei regenerative Energien für die Wärmeversorgung genutzt?

In 95 Prozent der von der BImA verwalteten Liegenschaften werden keinerlei regenerative Energien genutzt.

In drei Dienstliegenschaften des BEV wird keine regenerative Energie für die Wärmeversorgung genutzt.

- c) In wie vielen dieser Liegenschaften wird der Wärmeenergiebedarf zu mindestens 67 Prozent aus der Nutzung regenerativer Energien gedeckt?

Die BImA kann hierzu derzeit noch keine Aussage treffen.

In drei Dienstliegenschaften des BEV wird der Wärmeenergiebedarf zu mindestens 67 Prozent aus der Nutzung regenerativer Energien gedeckt.

- d) Bis wann sollen diese Liegenschaften ihren Wärmeenergiebedarf zu mindestens 67 Prozent aus der Nutzung regenerativer Energien decken, und mit welchem Investitionsbedarf rechnet die Bundesregierung dafür?

Die BImA kann hierzu derzeit noch keine Aussage treffen.

20. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung in Bezug auf die energetische Sanierung der Liegenschaften im Besitz von Bundesunternehmen und Bundesbeteiligungen wie z. B. der Deutschen Bahn AG?

Sofern bebaute Liegenschaften im Eigentum der Bundesunternehmen stehen, gelten im Rahmen der energetischen Sanierung eine Vielzahl von Vorgaben, wie zum Beispiel das Energieeffizienzgesetz und das Gebäudeenergiegesetz. Darüber hinaus wirkt der Bund bei den in seinem Eigentum stehenden juristischen Personen des privaten Rechts gemäß § 15 Absatz 3 des Klimaschutzgesetzes darauf hin, dass diese ihre Verwaltungstätigkeit klimaneutral organisieren. Weiterhin haben die Bundesgesellschaften die Regelungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes, der unter den Ziffern 5 und 8 auch umfangreiche Regelungen zur Nachhaltigkeit enthält, zu beachten.

